

Öffentliches Baurecht

Bearbeitet von
Dr. Frank Stollmann, Prof. Dr. Guy Beaucamp

11. Auflage 2017. Buch. XXXII, 398 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 71256 2
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Öffentliches Baurecht, Vergaberecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Lernbücher Jura
Öffentliches Baurecht
Frank Stollmann/Guy Beaucamp

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Baurecht

von

Dr. Frank Stollmann

Leitender Ministerialrat in Düsseldorf

und

Prof. Dr. Guy Beaucamp

*Professor an der Fakultät Wirtschaft und Soziales,
Department Public Management, HAW Hamburg*

11. Auflage 2017
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG





www.beck.de

ISBN 978 3 406 71256 2

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Der stete Wandel, der dem Baurecht im Bund und in den Ländern seit jeher eigen ist, hat nunmehr auch das vorliegende Werk ergriffen. Dies vielleicht weniger hinsichtlich der grundsätzlichen Ausrichtung und der wesentlichen Zielsetzungen als vielmehr in Bezug auf die Autorenschaft. Diese wird mit der nunmehrigen 11. Auflage – um bautechnisch im Bild zu bleiben – auf zwei Sockel verteilt.

Die Entwicklung des Rechtsgebietes schreitet überdies weiter voran. Im Mai 2017 trat das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“ in Kraft. Dieses enthält europarechtlich bedingte Anpassungen bei der Umweltprüfung und im Bereich des Schutzes vor Störfällen. Im Huckepackverfahren wurden aber auch noch andere Reformen mit umgesetzt: So wurde der Anwendungsbereich des beschleunigten Verfahrens für Bebauungspläne erweitert. Außerdem wurde die BauNVO um die neue Gebietskategorie des urbanen Gebiets ergänzt und eine Neuregelung für die Zulässigkeit von Ferienwohnungen geschaffen.

Die spezifischen Belange von Studium und Prüfung, die beim vorliegenden Werk immer im Vordergrund gestanden haben, sind dadurch indes weniger berührt worden. So war vornehmlich – neben der Berücksichtigung landesgesetzlicher Änderungen – Rechtsprechung und Literatur auf einen aktuellen Stand zu bringen. Ziel des vorliegenden Buches bleibt damit die systematische Darstellung des Öffentlichen Baurechts, um eine bessere Erfassung und Einordnung baurechtlicher Fälle zu ermöglichen. Die Wissensvermittlung dient primär der Umsetzung des Erlernten in der Fallbearbeitung, beide Komponenten stehen gleichrangig nebeneinander. Primäres Ziel bleibt es, nicht Detailkenntnisse oder gar jede einzelne Gerichtsentscheidung zu vermitteln, sondern Normstrukturen, didaktische Aspekte und systematische Zusammenhänge zu betonen.

Hamburg/Hattingen, im Juli 2017

Guy Beaucamp Frank Stollmann

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verzeichnis der Fälle	XIX
Verzeichnis der Prüfungsschemata	XXI
Verzeichnis der Schaubilder	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

1. Teil. Grundlagen des öffentlichen Baurechts

§ 1. Einführung.....	1
A. Begriffe.....	1
B. Das private Baurecht	2
I. Bürgerlich-rechtliche Baufreiheit und Beschränkungen	2
II. Verhältnis zum öffentlichen Baurecht	3
C. Das öffentliche Baurecht	5
D. Exkurs: Raumplanung.....	7
E. Öffentliches Baurecht in der Fallbearbeitung	10
F. Kontrollfragen	11
§ 2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	11
A. Eigentumsgarantie und öffentliches Baurecht.....	11
I. Grundsatz der Baufreiheit	12
1. Genehmigungsanspruch	12
2. Bestandsschutz.....	12
3. Entschädigungsansprüche.....	13
II. Einschränkungen der Baufreiheit	14
1. Bauleitplanung	15
2. Veränderungssperre	15
3. Gemeindliche Vorkaufsrechte	15
4. Beschränkungen durch §§ 34, 35 BauGB	16
5. Abstandsfächen	16
B. Die Bezüge zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht.....	16
I. Grundzüge	16
II. Wehrfähigkeit der Planungshoheit.....	17
III. Grundlage für Beteiligungsrechte	18
IV. Reichweite der Planungshoheit	18
Fall 1: Vorfahrt für die Sicherheit	20

C. Gesetzgebungskompetenzen.....	21
D. Kontrollfragen	22
§ 3. Einfach-gesetzliche Rechtsquellen.....	22
A. Baurecht des Bundes	22
I. Bestand des Bundesrechts.....	22
II. Der Aufbau des Baugesetzbuches	24
III. Baunutzungsverordnung	25
IV. Weitere Rechtsvorschriften	25
B. Baurecht der Länder	26
C. Ortsrecht	27
D. Übersicht	28
E. Kontrollfragen	28
2. Teil. Die Bauleitplanung	
§ 4. Grundzüge der Bauleitplanung.....	31
A. Aufgabenstellung der Bauleitplanung.....	31
I. Zweistufige Bauleitplanung.....	31
II. Funktionen der Bauleitplanung	33
III. Zielsetzung der Vorschriften über die Bauleitplanung....	34
B. Der Flächennutzungsplan.....	34
I. Bedeutung	34
II. Charakterisierung	35
C. Der Bebauungsplan	36
I. Bedeutung	36
II. Ausnahmen von der Zweistufigkeit	36
D. Kontrollfragen	37
§ 5. Inhalt und Rechtscharakter der Bauleitpläne	38
A. Der Regelungsinhalt der Bauleitpläne.....	38
I. Flächennutzungsplan	38
1. Räumlicher Geltungsbereich.....	38
2. Wesentlicher Inhalt	39
a) Darstellungen.....	39
b) Sonstige Inhalte	40
3. Verbindlichkeit.....	41
II. Bebauungsplan	41
1. Arten von Bebauungsplänen.....	41
a) Qualifizierter Bebauungsplan	43
b) Einfacher Bebauungsplan.....	43
c) Vorhabenbezogener Bebauungsplan	43
2. Räumlicher Geltungsbereich.....	46
3. Wesentlicher Inhalt	46
a) Festsetzungen	46

Inhaltsverzeichnis	IX
b) Kennzeichnungen.....	48
c) Nachrichtliche Übernahmen.....	49
B. Rechtscharakter der Bauleitpläne	50
I. Rechtsnatur des Flächennutzungsplans	50
II. Rechtsnatur des Bebauungsplans.....	50
C. Kontrollfragen	52
§ 6. Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Bauleitplanung – Formelle Anforderungen	52
A. Rechtsgrundlagen und Übersicht.....	53
B. Einzelne Schritte.....	54
I. Aufstellungsbeschluss	54
II. Ermittlung der abwägungserheblichen Belange.....	55
1. Grundsätzliches	55
2. Exkurs: Umweltprüfung und Umweltbericht	55
III. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange	57
1. Behörden/Träger öffentlicher Belange.....	57
2. Beteiligungsverfahren	59
IV. Öffentlichkeitsbeteiligung	61
1. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung.....	61
2. Förmliche Auslegung	62
a) Bekanntmachung.....	62
b) Auslegung.....	63
V. Satzungsbeschluss	64
VI. Genehmigungs- und Anzeigeverfahren.....	65
1. Flächennutzungsplan	66
2. Bebauungsplan	67
VII. Ausfertigung und Öffentliche Bekanntmachung	68
VIII. Sonderfälle	69
Fall 2: Krumme Eiche	71
C. Kontrollfragen	75
§ 7. Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Bauleitplanung – Materielle Anforderungen	75
A. Prinzip der Erforderlichkeit.....	75
I. Grundsatz	75
II. Subjektive Ansprüche	77
III. Sog. „Negativplanung“	77
B. Bestimmtheitsgebot.....	78
I. Inhaltliche Normenklarheit.....	78
II. Hinreichende Regelungsdichte.....	79
C. Anpassungspflicht.....	79
I. Begriff und Inhalt konkretisierter Ziele.....	79
II. Durchführung der Anpassung.....	80

D. Entwicklungsgebot.....	81
E. Beachtung des Planungsrahmens	83
F. Gebot der gerechten Abwägung	84
I. Allgemeine Planungsleitlinien.....	85
II. Besondere Planungsleitlinien	87
III. Optimierungsgebote	87
IV. Planungsleitsätze	88
V. Die Abwägung	89
1. Die Phasen der Abwägung.....	89
2. Verletzung des Abwägungsgebots.....	91
Fall 3: Gründerzeit-Villa.....	95
3. Interkommunale Abwägung.....	96
4. Abwägungsmaßstäbe im weiteren Sinne	97
G. Kontrollfragen	101
§ 8. Rechtsfolgen von Mängeln.....	101
A. Anwendungsbereich	102
B. Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 I BauGB.....	102
I. Eingrenzung der relevanten Verfahrens- oder Formvorschriften.....	102
II. Systematik der Vorschrift	103
III. Beachtliche Rechtsverletzungen gem. § 214 I 1 Nr. 1 BauGB	104
1. Grundzüge.....	104
2. Offensichtlichkeit	105
3. Von Einfluss	105
IV. Beachtliche Rechtsverletzungen gem. § 214 I 1 Nr. 2 BauGB	106
1. Mängel der Öffentlichkeitsbeteiligung.....	106
2. Mängel der Behördenbeteiligung.....	107
V. Beachtliche Rechtsverletzungen gem. § 214 I 1 Nr. 3 BauGB	107
VI. Beachtliche Rechtsverletzungen gem. § 214 I 1 Nr. 4 BauGB	107
VII. Rügeobliegenheit	108
C. Mängel im Verhältnis von Bebauungs- und Flächennutzungsplan, § 214 II BauGB.....	109
D. Abwägungsmängel, § 214 III BauGB.....	110
E. Ergänzendes Verfahren, § 214 IV BauGB	111
F. Kontrollfragen	113

Inhaltsverzeichnis	XI
--------------------	----

§ 9. Rechtsschutz	113
A. Rechtsschutz des Bürgers	114
I. Rechtsschutz gegen einen Flächennutzungsplan	114
II. Rechtsschutz gegen einen Bebauungsplan	115
1. Zulässigkeitsprüfung	116
a) Gegenstand der Normenkontrolle (Statthaftigkeit)	116
b) Antragsbefugnis	116
c) Rechtsschutzbedürfnis	118
d) Antragsfrist	119
Fall 4: Kein Schiefer am Hang	120
2. Begründetheitsprüfung und Entscheidungsinhalt	121
3. Vorläufiger Rechtsschutz	124
B. Rechtsschutz der Gemeinde	125
I. Rechtsschutz gegen einen Flächennutzungsplan	125
II. Rechtsschutz gegen einen Bebauungsplan	125
Fall 5: Winzer-Eck	126
C. Kontrollfragen	131

3. Teil. Instrumente zur Sicherung der Bauleitplanung

§ 10. Veränderungssperre	134
A. Zweck	134
B. Voraussetzungen	135
I. Planaufstellungsbeschluss	135
II. Sicherungsbedürfnis	136
C. Inhalt und Wirkungen der Veränderungssperre	138
I. Inhalt	138
II. Wirkungen	139
D. Form, Zeitpunkt und Geltungsdauer der Veränderungssperre	140
I. Form der Veränderungssperre	140
II. Zeitpunkt der Veränderungssperre	141
III. Geltungsdauer der Veränderungssperre	141
1. Grundsätze	141
2. Faktische Veränderungssperre	142
3. Außer-Kraft-Treten	142
E. Ausnahmen	143
I. Erteilung einer Ausnahmegenehmigung	143
II. Bestandsschutz	143
F. Rechtsschutz und Entschädigungsfragen	145
I. Rechtsschutz	145
II. Entschädigung	146
Fall 6: Getränkemarkt	147
G. Kontrollfragen	149

§ 11. Zurückstellung von Baugesuchen	150
A. Zweck der Regelung.....	150
B. Voraussetzungen	151
I. Möglichkeit einer Veränderungssperre	151
II. Antrag der Gemeinde	151
III. Gegenstand der Zurückstellung	152
IV. Sicherungsbedürfnis	152
C. Rechtswirkungen	153
D. Zeitpunkt, Dauer und Ende der Zurückstellung	153
I. Zeitpunkt	153
II. Dauer	153
III. Ende	154
E. Rechtsnatur und Rechtsschutzfragen	154
F. Kontrollfragen	156
§ 12. Gemeindliche Vorkaufsrechte	156
A. Bedeutung	156
B. Wesen und Anwendungsbereich der Vorkaufsrechte	156
C. Arten und Geltungsbereich	157
D. Gemeinwohlerfordernis und Ausschließungsgründe	158
E. Verfahren und Rechtsschutz	158
F. Kontrollfragen	159
4. Teil. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben	
§ 13. Bedeutung und Systematik der §§ 29 ff. BauGB	161
A. Bedeutung der Vorschriften.....	161
B. Der Vorhabenbegriff	162
I. Allgemeines	162
II. Bauliche Anlage.....	163
III. Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung	165
Fall 7: Wettbüro.....	167
IV. Erfordernis einer behördlichen Zulassung	168
C. Systematik der §§ 29 f. BauGB	169
D. Kontrollfragen	170
§ 14. Zulässigkeit im qualifiziert beplanten Innenbereich	171
A. Allgemeines.....	171
B. Grundtatbestand des § 30 I BauGB	171
I. Vorliegen eines qualifizierten Bebauungsplans	171
II. Räumlicher Geltungsbereich	173
III. Kein Widerspruch zu den Festsetzungen.....	173
1. Grundsätze.....	173
2. Art der baulichen Nutzung	174
Fall 8: Ferienwohnung Prenzlauer Berg.....	176

Inhaltsverzeichnis

XIII

3. Verhältnis zu § 15 BauNVO.....	178
4. Verhältnis zu den Landesbauordnungen	180
IV. Sicherung der Erschließung.....	180
C. Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB	182
I. Allgemeines.....	182
II. Ausnahmen	183
1. Grundsätzliches	183
2. Exkurs: Einvernehmen	184
III. Befreiungen.....	186
1. Grundsätzliches	186
2. Tatbestand der Gemeinwohlerforderlichkeit.....	188
3. Tatbestand der städtebaulichen Vertretbarkeit	189
4. Tatbestand der individuellen Härtemilderung.....	189
5. Grundzüge der Planung, öffentliche Belange und nachbarliche Interessen.....	190
a) Grundzüge der Planung.....	190
b) Vereinbarkeit mit öffentlichen Belangen	190
c) Würdigung nachbarlicher Interessen.....	191
IV. Ermessen	192
Fall 9: Wohnfrieden	193
D. Kontrollfragen	194
§ 15. Zulässigkeit im Geltungsbereich eines künftigen Bebauungsplans	195
A. Bedeutung und systematische Einordnung	195
B. Vorabzulassung gem. § 33 I BauGB	196
I. Planaufstellungsbeschluss.....	197
II. Planreife	197
1. Formelle Planreife.....	197
2. Materielle Planreife	197
III. Plananerkenntnis.....	199
IV. Gesicherte Erschließung	199
C. Vorabzulassung gem. § 33 II, III BauGB.....	200
D. Verfahrens- und Rechtsschutzfragen.....	201
E. Kontrollfragen	201
§ 16. Zulässigkeit im nicht beplanten Innenbereich	202
A. Allgemeines.....	202
I. Grundsätze	202
II. Systematik der Vorschrift	202
B. Räumlicher Anwendungsbereich	203
I. Im Zusammenhang bebauter Ortsteil	203
1. Ortsteil	203
2. Bebauungszusammenhang	204

3. Beispiele	206
Fall 10: Landgemeinde	206
Fall 11: Heimatgemeinde.....	208
II. Durch Satzung begrenzte oder bestimmte Ortsteile.....	210
1. Klarstellungssatzung	210
2. Entwicklungssatzung.....	210
3. Ergänzungssatzung.....	211
4. Satzungsverfahren	213
C. Zulässigkeitskriterien nach § 34 I BauGB	213
I. Maßstab des Einfügens.....	213
1. Nähre Umgebung	214
2. Eigenart.....	214
3. Einfügen.....	215
Fall 12: Gasthof.....	216
4. Das Gebot der Rücksichtnahme	218
5. Abweichungsbefugnis (§ 34 III a BauGB)	218
II. Gesicherte Erschließung	219
III. Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhält- nisse	219
IV. Keine Beeinträchtigung des Ortsbildes	220
V. Keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche.....	221
VI. Festsetzungen eines einfachen Bebauungsplans	221
D. Zulässigkeitskriterien nach § 34 II BauGB.....	222
Fall 13: Tankstelle	223
E. Verfahrensfragen	226
F. Kontrollfragen	226
§ 17. Zulässigkeit im Außenbereich	226
A. Allgemeines.....	227
I. Grundsätze	227
II. Systematik der Vorschrift	227
B. Zulassung privilegierter Vorhaben.....	228
I. Die einzelnen Privilegierungen	228
1. Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft	229
a) Land- und Forstwirtschaft	229
b) Betrieb	231
c) „Dienen“	231
d) Untergeordneter Teil der Betriebsfläche	232
2. Gartenbauliche Erzeugung.....	232
3. Ortsgebundene Anlagen	233
4. Im Außenbereich „gesollte“ Vorhaben	234
5. Energietechnische Anlagen	235

Inhaltsverzeichnis	XV
II. Entgegenstehende öffentliche Belange	236
III. Sicherung der Erschließung.....	237
C. Zulassung sonstiger Vorhaben	238
I. Begriff.....	238
II. Beeinträchtigung öffentlicher Belange	238
III. Sicherung der Erschließung.....	239
D. Die öffentlichen Belange.....	239
I. Grundsätzliches.....	239
II. Einzelne öffentliche Belange	241
1. Flächennutzungsplan	241
2. Fachplanerische Vorgaben.....	242
3. Schädliche Umwelteinwirkungen	242
4. Verunstaltungsschutz	243
5. Natürliche Eigenart der Landschaft	243
6. Zersiedelungsverbot	244
E. Begünstigte sonstige Vorhaben.....	245
I. Grundsätzliches.....	245
II. Die einzelnen Tatbestände.....	247
1. Nutzungsänderung land- oder forstwirtschaftlicher Anlagen	247
2. Neuerrichtung eines gleichartigen Wohngebäudes....	248
3. Ersatzbauten.....	249
4. Änderung/Nutzungsänderung erhaltenswerter Gebäude	250
5. Erweiterung von Wohngebäuden.....	250
6. Erweiterung gewerblicher Betriebe	251
III. Exkurs: Außenbereichssatzung.....	252
F. Verfahrensfragen	254
Fall 14: Nachwuchssorgen	254
G. Nachbarschutz	256
H. Kontrollfragen	257
5. Teil. Genehmigungsvorbehalte und Eingriffsbefugnisse im Bauordnungsrecht	
§ 18. Präventives Bauordnungsrecht.....	260
A. Allgemeines.....	260
B. Die Baugenehmigung.....	262
I. Genehmigungspflicht	262
1. Grundsätze.....	262
2. Genehmigungspflichtige Vorhaben	264
Fall 15: Prismenwendeanlage	265
II. Ausnahmetatbestände	267
1. Genehmigungsfreie Vorhaben	267

2. Genehmigungsfreistellung.....	268
3. Spezialgesetzliche Regelungen	269
III. Genehmigungsverfahren	270
1. Antragserfordernis.....	270
2. Beteiligte des Verfahrens	271
3. Entscheidung	272
IV. Regelungsgehalt und Rechtsfolgen der Baugenehmigung.....	273
1. Regelungsgehalt der Baugenehmigung.....	273
2. Rechtsfolgen der Baugenehmigung	280
V. Geltungsdauer, Verlängerung, Widerruf und Rücknahme	281
1. Geltungsdauer der Baugenehmigung.....	281
2. Widerruf und Rücknahme der Baugenehmigung	282
C. Besondere Verfahrensformen	282
I. Vorbescheid.....	283
1. Allgemeines	283
2. Rechtsnatur	284
3. Einzelfragen	285
Fall 16: Paint-Ball	286
II. Sonstige Formen der Genehmigung.....	290
1. Teilbaugenehmigung.....	290
2. Zustimmung	291
D. Rechtsschutzfragen	292
Fall 17: Erbe mit Hindernissen	294
E. Kontrollfragen	299
 § 19. Bauaufsichtsbehördliche Eingriffsbefugnisse	300
A. Allgemeines.....	300
B. Bauüberwachung	301
C. Ordnungsbehördliche Befugnisse der Bauaufsicht	301
I. Formelle und materielle Baurechtswidrigkeit	302
II. Eingriffsformen	303
1. Einstellungsverfügung	303
2. Nutzungsuntersagung.....	304
Fall 18: Kleingarten-Idyll.....	306
3. Beseitigungsverfügung.....	308
III. Ermessen	311
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip	312
2. Gleichbehandlungsgrundsatz.....	313
3. Rechtsgüter Dritter	314
4. Behördliche Duldung.....	314
Fall 19: Ärger mit der Fischerhütte	315

IV. Allgemeine Voraussetzungen	319
1. Bestimmtheit.....	319
2. Adressat der Verfügung	320
V. Durchsetzung bauaufsichtlicher Verfügungen	322
1. Allgemeines	322
2. Durchsetzung von Baueinstellung/Nutzungsuntersa-	
gung.....	323
Fall 20: Rohbau.....	324
3. Durchsetzung einer Abrissanordnung.....	325
D. Rechtsschutzfragen	327
E. Kontrollfragen	327

6. Teil. Nachbarschutz im öffentlichen Baurecht

§ 20. Grundlagen des Nachbarschutzes	329
A. Allgemeines.....	329
B. Verhältnis zum privatrechtlichen Nachbarschutz	330
I. Grundsätze	330
II. Gegenseitige Wechselbeziehung.....	331
1. Auswirkungen der Baugenehmigung auf das Zivil-	
recht	332
2. Auswirkungen eines Bebauungsplans auf das Zivil-	
recht	332
C. Voraussetzungen des öffentlich-rechtlichen Nachbarschutzes..	333
I. Nachbarschützender Charakter einer Norm	333
1. Schutznormtheorie	333
2. Generell und partiell nachbarschützende Normen	334
3. Erfordernis einer tatsächlichen Beeinträchtigung	336
II. Begriff des Nachbarn.....	336
1. Räumliche Abgrenzung.....	336
2. Personelle Abgrenzung.....	337
D. Kontrollfragen	338
§ 21. Der Nachbarschutz im Einzelfall	339
A. Allgemeines.....	339
I. Fallgruppen.....	339
II. Rechtsbehelfe des Nachbarn	340
1. Hauptverfahren	340
2. Vorläufiger Rechtsschutz	341
a) Anfechtungssituation.....	341
b) Verpflichtungssituation	343
3. Besonderheiten bei vereinfachten Verfahren bzw.	
freigestellten Vorhaben	343

B. Anfechtungsrechtsbehelfe.....	344
I. Zulässigkeitsprobleme.....	344
1. Statthaftigkeit	344
2. Klagebefugnis.....	344
3. Vorverfahren und Frist	345
4. Rechtsschutzinteresse	346
a) Verzicht	346
b) Verwirkung/Rechtsmissbrauch.....	347
II. Begründetheitsprüfung	348
1. Allgemeines	348
2. Verletzung von nachbarschützenden Normen	348
Fall 21: Ruhe sanft	350
Fall 22: Handweberei	354
C. Verpflichtungsrechtsbehelfe	359
I. Allgemeines	359
II. Verfahrenseinleitender Antrag.....	361
III. Anspruch des Nachbarn.....	361
1. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung.....	361
2. Ermessensreduzierung „auf Null“	362
Fall 23: Schweinereien	363
3. Ermessen beim „Wegfall“ der Baugenehmigung.....	368
4. Anspruch auf Vollzug	368
D. Rechtsschutz bei Vorhaben öffentlicher Bauherren	369
E. Rechtsschutz der (Nachbar)Gemeinde.....	369
F. Kontrollfragen	370
Antworten zu den Kontrollfragen.....	371
Sachverzeichnis.....	391